

## «Wir müssen wie 1848 Mut zeigen»

Lethargie im Kanton und überforderte Kommunen: Landammann Yves Noël Balmer setzt sich für Fusionen zu 3 bis 5 Gemeinden ein.

Interview: David Scarano

**Am 26. November stimmt Appenzell Ausserrhoden über die künftigen Gemeindestrukturen ab. Sie wird als wichtigste Abstimmung seit der Abschaffung der Landsgemeinde bezeichnet. Teilen Sie als Landammann diese Einschätzung?**

**Yves Noël Balmer:** Absolut. Die vergangenen 30 Jahre waren in Ausserrhoden von Verlusten geprägt. Die Landsgemeinde ist nicht mehr. Das Aus der Kantonalbank ist bis heute ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Ausserrhodens. Auch die «Appenzeller Zeitung» ist nicht mehr in Appenzeller Händen. Wir müssen nun endlich die Vergangenheit ruhen lassen und nach vorne schauen. Ein selbstbewusstes Ausserrhoden ist für mich ein Kanton, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Mit der Verkleinerung des Regierungsrates wurde dieser zeitgemäss aufgestellt. Der Kantonsrat hat mit der Staatsleitungsreform an Bedeutung gewonnen. Nun ist es Zeit, bei den Gemeinden einen Schritt vorwärts zu machen.

**Warum ist die Zukunftsfähigkeit Ihrer Meinung jetzt nicht gegeben?**

Es gibt viele Bereiche, bei denen die Entwicklung in Ausserrhoden nicht dort ist, wo sie sein könnte oder müsste. Die Ansprüche der Gesellschaft sind gross, und sie werden zunehmen. Viele Gemeinden können diesen aber bereits heute nicht mehr gerecht werden. Am augenscheinlichsten ist dies bei der Raumplanung. Wohneigentum ist gefragt, das Bauen auf der grünen Wiese wird aber immer schwieriger. Es gilt nun, bereits Bebautes neu anzufassen. Unsere Dörfer hätten Potenzial. Die Zentren bestehen aber vor allem aus einer sanierungsbedürftigen Bausubstanz. Ich mache in den wenigsten Gemeinden klare Vorstellungen aus, wie sich die Dorfzentren entwickeln sollen. Denn es würde eine hohe Professionalität voraussetzen, um Erscheinungsbild und zeitgemässes Bauen zu vereinen.

**Kürzlich haben Sie im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten der Bundesverfassung den Bogen von 1848 zur Ausserrhoder Gemeindestruktur geschlagen. Warum?**

Die Bundesverfassung ist 175 Jahre alt. Unsere Gemeinde-



Landammann Yves Noël Balmer: «Noch hat kein Gemeindepräsidium inhaltlich widersprochen, dass einige Gemeinden den wachsenden Herausforderungen nicht mehr gewachsen sind.»

Bild: Donato Caspari/CH Media

struktur ist sogar 100 Jahre älter. Wir haben in Ausserrhoden also fast 300 Jahre lang die gleichen Strukturen. Es scheint so, als ob ein Denkmal entstanden ist, das nicht angefasst werden kann. Wir können aber nicht Probleme erkennen und nur die Faust im Sack machen. Wir müssen wie 1848 Mut zeigen und eine Aufbruchsstimmung auslösen.

**Wie wollen Sie die Ausserrhoder Bevölkerung davon überzeugen?**

Es herrscht eine gewisse Lethargie im Kanton. Der Blick wird darauf gerichtet, was verschwunden ist. Wir haben aber die Verantwortung, nach vorne zu schauen. Dieser muss sich nicht nur der Regierungsratsrat, sondern auch das Stimmvolk stellen. Wir alle müssen uns selbstkritisch fragen, welches Ausserrhoden wir den kommenden Generationen hinterlassen wollen.

**Die Regierung setzt sich für eine Reduktion der Anzahl Gemeinden von 20 auf deren 3 bis 5 ein. Gegner befürchten unter anderem, dass die Identität der Gemeinden und Dörfer verloren ginge.**

Als Regierungsrat verstehen wir diese Ängste. Diese gilt es anzusprechen und zu berücksichtigen. Ich bin aber überzeugt, mit einer neuen Gemeindestruktur wird die Identität der Dörfer gar gestärkt. Diese werden zudem von professionelleren Verwaltungen profitieren. Dann kann es mit den Dörfern,

die vor hochkomplexen Herausforderungen stehen, vorangehen.

**Die Gemeinden suchen das Heil derzeit in Kooperation. Wie kürzlich bekannt wurde, hat etwa Wald mehr als dreissig Zusammenarbeitsvereinbarungen geschlossen. Was halten Sie davon?**

Solche Kooperationen sind Sache der Gemeinden. Als Regierungsrat haben wir ein ambivalentes Verhältnis dazu. Wenn sie funktionieren, können sie eine Lösung sein. Allerdings sind sie intransparent, und das Volk hat oft keine Mitsprache. In vielen Bereichen gibt es gute, aber auch schlechte Beispiele. Der Beratungsaufwand der kantonalen Verwaltung für die Gemeinden hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, weil wir Schwächen kompensieren müssen. Bereits grundlegende Fragen stellen Gemeinden heute vor Probleme.

**Die Regierung hat kürzlich den Abstimmungskampf eröffnet. Sie will, dass das Stimmvolk sich sachlich über die Vorlage orientiert. Kommen diese Debatten angesichts der Tragweite und Komplexität der Entscheidung aber nicht sehr oder gar zu spät?**

Wir mussten die dritte Lesung im Kantonsrat abwarten. Die Diskussion vor den Sommerferien zu eröffnen, hätte nichts gebracht. Zudem zeigen vergangene Sachgeschäfte: Erst wenn es konkret wird, beginnen

Stimmberechtigte, sich ernsthaft dafür zu interessieren. Wichtig ist, dass nun in den nächsten Wochen eine gute Meinungsbildung entsteht.

**Hinderlich ist, dass die Debatte über die Gemeindestrukturen im Schatten des Ausserrhoder Nationalratswahlkampfes steht. Warum wurde nicht ein späteres Abstimmungsdatum gewählt?**

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Abstimmung über die Gemeindestrukturen im Kontext mit der Totalrevision der Kantonsverfassung steht. Mit einer Verschiebung des Urnenplans wäre der gesamte Zeitplan durcheinandergeraten. Die Totalrevision beansprucht bereits jetzt mehr Zeit als angenommen.

**Auffällig ist, wie präsent die Regierungsratsratsmitglieder an den Veranstaltungen sind. Der Grat zwischen Information und Behördenpropaganda ist schmal.**

Die Gesetzeslage ist klar: Als Regierungsrat dürfen wir keinen Abstimmungskampf betreiben. Das ist Sache der Verbände und Parteien. Wir stehen aber für Veranstaltungen und Podien bereit. Das ist rechtlich legitim. Zudem haben wir die Pflicht, die Bevölkerung vor Abstimmungen angemessen zu informieren.

**Der Abstimmungskampf kommt in Fahrt. Geäussert hat sich etwa die Gemeinde-**

**präsidienkonferenz. Sie zeigt sich kritisch, viele Fragen seien ungeklärt. Alt Kantonsrat Stephan Wüthrich wirft den Gemeindepräsidenten indirekt vor, Phantomdebatten zu führen. Ein grosser Teil der gestellten Fragen werde auf Gemeindeebene beantwortet, was die Präsidenten wüsst. Was halten Sie vom Vorgehen der Gemeindepräsidenten?**

Ich stimme alt Kantonsrat Stephan Wüthrich zu. Am 26. November geht es um einen Grundsatzentscheid. Soll der Regierungsrat einen Auftrag erhalten, einen Vorschlag für eine Neustrukturierung zu erarbeiten? Entweder durch die Reduktion der Gemeinden oder durch ein Fusionsgesetz? In einer nächsten Phase können dann Details geklärt werden. Dies ergibt heute ohne Auftrag vom Volk keinen Sinn. Haben sich die Stimmberechtigten dafür entschieden, dann machen wir uns an die Arbeit. Und am Ende können alle zu den Lösungen nochmals Ja oder Nein sagen. Was spannend ist: Noch hat kein Gemeindepräsidium inhaltlich widersprochen, dass einige Gemeinden den wachsenden Herausforderungen nicht mehr gewachsen sind. Diese Debatten sollen und müssen wir jetzt führen. Der fehlende Widerspruch zeigt, dass wir als Regierungsrat richtig liegen.

**Die Gemeindepräsidenten anerkennen den Handlungs-**

**bedarf. Aber nur wenige Gesamtgemeinderäte oder -präsidenten haben sich für die Fusion von oben ausgesprochen. Strebt die Regierung eine Strukturreform gegen den Willen der Gemeinden an?**

Die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten sind nicht die Gemeinden. Gemeinderätinnen und -räte, der Regierungsrat oder Kantonsrätinnen und -räte, die für den 3- bis 5-Gemeinde-Vorschlag stimmen, wohnen beispielsweise auch in einer Gemeinde. Die Strukturreform ist aus dem Volk, also aus einer Volksinitiative, entstanden. Dass die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten nicht glücklich sind, wenn der Souverän über ihnen die Zukunft entscheidet, kann ich nachvollziehen. Aber die Strukturreform wird einige Jahre in Anspruch nehmen, keine Präsidentin und kein Präsident wird deswegen mittelfristig seinen Job verlieren.

**Die Gemeindepräsidenten warnen davor, dass aufgrund der ungenügenden Informationen ein Doppeltes Nein nicht riskiert werden darf. Ist ein solcher Ausgang realistisch?**

Wir stehen vor einem grossen Lupf, daher ist alles möglich. Ein doppeltes Nein täte aber weh, und die Lethargie ginge weiter. Bei einem Ja zum Eventualantrag werden zwar die Gemeindefusionen aus der Verfassung gestrichen und ein Fusionsgesetz erarbeitet. Viel passieren würde aber meiner Meinung nicht. Mit einem Ja zu 3 bis 5 Gemeinden haben wir die einmalige Chance, die Karte Ausserrhoden neu zu zeichnen und die Gemeinden fit zu machen für die Zukunft.

**Darüber stimmt Ausserrhoden ab**

Am 26. November befindet sich Ausserrhoden über die Gemeindestrukturreform. Zur Abstimmung kommen zwei Varianten: Der Vorschlag des Regierungsrates will aus 20 Gemeinden 3 bis 5 machen. In einem zweiten Schritt würde der Regierungsrat unter Mitwirkung von Behörden und Bevölkerung das Projekt detailliert planen, der Kantonsrat würde die gesetzlichen Grundlagen erarbeiten, die dann ebenfalls zur Abstimmung gelangen, und danach könnte umgesetzt werden. Der Eventualantrag sieht die Streichung der Gemeindefusionen aus der Verfassung vor. Die Gemeinden stünden in der Verantwortung, etwaige Fusionen einzuleiten. Der Kanton würde sie finanziell und administrativ auf Basis eines Fusionsgesetzes unterstützen. Werden beide Varianten angenommen, entscheidet die Stichfrage. Das Stimmvolk kann auch beide Varianten ablehnen. Infos unter [www.ar.ch/gemeindestruktur](http://www.ar.ch/gemeindestruktur). (dsc)

ANZEIGE

